

**DER STAAT
ALS KONKURRENT:
FAIR IST ANDERS!**

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH



Medienkonferenz

Komitee «Der Staat als Konkurrent: Fair ist anders!»

**Medienkonferenz
Dienstag, 30. Mai 2017, 10:00 Uhr
Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern**

Einladung zur Medienkonferenz

Der Staat als Konkurrent: Fair ist anders!

Sehr geehrte Berner Medienschaffende

Immer mehr staatsnahe Betriebe konkurrenzieren auf fragliche Art und Weise das Gewerbe. Berner KMU startet deshalb am 30. Mai eine breite Informations- und Sensibilisierungskampagne. Auslöser für die Kampagne ist der wachsende Unmut bei unserer Basis, insbesondere bei der Baubranche. Für Berner KMU ist Wettbewerb richtig und wichtig, er muss aber fair sein und es braucht gleich lange Spiesse.

Gerne stellen wir Ihnen unsere Argumente näher vor und laden Sie dazu herzlich zur Medienkonferenz ein, welche gleichzeitig der Start unserer Kampagne sein wird.

Datum: **Dienstag, 30. Mai 2017**
Zeit: **10.00 Uhr**
Ort: **Hotel Bern, Zeughausgasse 9, 3011 Bern**

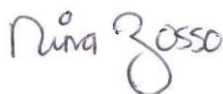
An der Medienkonferenz nehmen teil:

Begrüssung / Vorstellung der Kampagne :	Toni Lenz, Präsident Berner KMU
Hintergrund der Kampagne „Fair ist anders!“:	Alexander Leu, LA-Mitglied Berner KMU
Für gleichlange Spiesse:	Lorenz Hess, Nationalrat BDP BE
Das finden wir problematisch:	Moritz Müller, Grossrat SVP BE
Kantonale Politik ist gefordert:	Daniel Trüssel, Grossrat glp BE
Nationale Politik ist gefordert:	Peter Schilliger, Nationalrat FDP LU

Sie erleichtern uns die Organisation, wenn Sie uns Ihre Teilnahme bis am Montagmittag, 29. Mai 2017, melden an: E-Mail: nina.zosso@bernerkmu.ch, 079 218 86 28.

Ihre Kontaktperson am 30. Mai vor Ort ist ebenfalls Nina Zosso (079 218 86 28).

Freundliche Grüsse



Nina Zosso
Kampagnenleiterin „Fair ist anders!“

DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH



Medienmitteilung (Sperrfrist: Dienstag 30.05.2017, 10:00 Uhr)

Start der Sensibilisierungs- und Informationskampagne

Der Staat als Konkurrent: Fair ist anders!

Anlässlich der heutigen Medienkonferenz in Bern hat das Komitee «Fair ist anders», unter dem Lead des Berner Gewerbeverbands Berner KMU, seine breite Informationskampagne gestartet: Wir fordern gleichlange Spiesse sowie einen fairen Wettbewerb und wollen eine breite Debatte und einen Dialog auslösen um die KMU als Rückgrat der Berner Wirtschaft zu stärken.

«Immer mehr Unternehmen der öffentlichen Hand nutzen ihre Monopolstellung aus und werden mit neuen Dienstleistungen oder durch Firmenübernahmen zu direkten Konkurrenten der KMU. Ziel der Kampagne ist es zu sensibilisieren und zu informieren, damit die dringend nötige Debatte endlich geführt wird.» mit diesen Worten eröffnete Berner KMU-Präsident Toni Lenz die Medienkonferenz, die gleichzeitig den Kampagnenstart bedeutet. «Es handelt sich weder um eine Anti-BKW- noch um eine Jammer-Kampagne. In einer breiten Debatte sollen alle beteiligten Seiten zu Wort kommen, das heisst unser Ziel ist es mit der BKW, der GVB und den anderen Playern an einen Tisch zu sitzen und mögliche Lösungsansätze zu diskutieren. Offensichtliche Missstände will die Kampagne auflisten und besprechen.»

Hintergrund der Kampagne

Für Unternehmer und Mitglied des Leitenden Ausschusses von Berner KMU, Alexander Leu, ist klar, dass diese Kampagne längst überfällig ist. «Die Ängste unserer Mitglieder und der wachsende Unmut unserer Basis sind der Grund für unsere Kampagne. Ich habe selber einen Spenglereibetrieb und die ganze Gebäudetechnik- und Baubranche leidet unter der aktuellen Situation.» Es könne und dürfe nicht sein, dass die BKW Ingenieur- und Installationsbüros aufkaufe und gleichzeitig mit den erworbenen Planungsbüros auch noch die Ausschreibungen mache. «Das jüngste, konkrete Beispiel für diese Doppelrolle der BKW ist das Wasserkraftwerk Färdabach im Lötschental. Hier reichte die BKW nicht nur eine Offerte für den Bau des Kraftwerks ein, sondern prüfte als Planungsfirma im Auftrag der Bauherrschaft auch gleich sämtliche Konkurrenzofferten.»

Für gleichlange Spiesse und fairen Wettbewerb

«Die Eingriffe in das freiheitliche Wirtschaftssystem der Schweiz dürfen nicht unreflektiert passieren betonte der Berner BDP-Nationalrat Lorenz Hess. In einer freien Wirtschaft ist nichts gegen fairen Wettbewerb einzuwenden, doch sollten die Spiesse gleich lang sein.» betonte er. Die Kampagne stärke die KMU als Rückgrat der Berner Wirtschaft. «Der Kanton Bern besteht und lebt fast ausschliesslich von den KMU: Von den rund 70' 000 Unternehmen fallen über 99 Prozent in die Kategorie der kleinen und mittleren Unternehmen. Diese können mit der Nähe zum Kunden, dem persönlichen Umgang und der Flexibilität einen wichtigen Mehrwert bieten. Den Trend dass immer mehr öffentliche Unternehmen – und dabei spielt es keine Rolle, ob dies kantonale oder nationale Grossunternehmen sind - Gewerbebetriebe zu

Komitee «Fair ist anders», Postfach 1314, 3401 Burgdorf

übersetzten Preisen kaufen, welche Mühe mit der Nachfolgeregelung haben, gilt es unbedingt zu stoppen.»

Das finden wir problematisch

Neben der BKW gebe es auch noch zahlreiche andere Beispiele, auf die das Prädikat «Fair ist anders» zutrefte. SVP-Grossrat Moritz Müller erwähnte stellvertretend die drei Beispiele des Weingutes der Stadt Bern, der BEDAG und der GVB. «Die Gebäudeversicherung ist ein Monopolbetrieb, der zu hundert Prozent dem Kanton Bern gehört. Nach Auflage der Wettbewerbskommission ist sowohl das Ausnützen des Monopols wie auch die Quersubventionierung der verschiedenen Branchen nicht gestattet. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Regeln nicht eingehalten werden. Hausbesitzern, welche zwangsweise Kunden der Gebäudeversicherung sind, werden durch die staatlichen Berater regelmässig Angebote der privatrechtlichen GVB-Tochter unterbreitet.»

Kantonale Politik ist gefordert

Neben einer breiten Diskussion und der Sensibilisierung der Konsumentinnen und Konsumenten sei nun aber auch ganz klar die kantonale Politik gefordert, betonte glp-Grossrat und Unternehmer Daniel Trüssel. «In der Sommersession wird die Aufhebung des Gebäudeversicherungsmonopols ein Thema sein. Ich selber habe eine Motion zum Thema BKW eingereicht, die eine Aufspaltung fordert. Es ist nun eine politische Diskussion, ob sich die BKW- und damit der Kanton - als Heizungsinstallateur oder Planer betätigen soll. Wir Anwesenden hier sind klar der Meinung, dass Aufgaben welche die Privatwirtschaft erfüllen kann, durch unsere KMU geleistet werden sollen und der Staat sich nicht als Mitbewerber am Markt bewegen soll.»

Nationale Politik ist gefordert

Für den Luzerner FDP-Nationalrat Peter Schilliger ist klar, dass Handlungsbedarf bestehe und dies nicht nur im Kanton Bern, sondern auch in anderen Kantonen und in der ganzen Schweiz. Dies zeigte er exemplarisch an den Beispielen der Post und der SBB auf. «Mir als Unternehmer und Chef eines KMU-Betriebes liegt eine Lösung für diese Problematik sehr am Herzen. Ich habe deshalb bereits im September 2015 ein Postulat eingereicht: Dieses fordert, dass die Wettbewerbssituation zwischen staatsnahen oder sich mehrheitlich in staatlichem Besitz befindenden Unternehmen und privatwirtschaftlichen Akteuren analysiert wird. Vom Start der Kampagne heute erhoffe ich mir, dass die Politik sich endlich ernsthaft mit der Problematik befasst und dass wir zusammen mit den Unternehmen Lösungen – zum Beispiel in Form von Eignerstrategien – finden.»

Alle Informationen zur Kampagne (Beispielsammlung, Referate und Downloads) finden sie unter:
www.fair-ist-anders.ch

Für zusätzliche Auskünfte:

Toni Lenz, Präsident Berner KMU, 079 651 35 42
Alex Leu, LA-Mitglied Berner KMU, 079 247 77 21
Lorenz Hess, Nationalrat BDP BE, 079 356 59 26
Peter Schilliger, Nationalrat FDP, LU, 078 671 14 18
Moritz Müller, Grossrat SVP, 079 652 61 21
Daniel Trüssel, Grossrat glp, 079 949 13 44
Nina Zosso, Kampagnenleiterin «Fair ist anders», 079 218 86 28

30. Mai 2017

DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH

Berner **KMU**
PME Bernoises

Begrüssung / Vorstellung der Kampagne: Referat Toni Lenz, Präsident Berner KMU

Es gilt das gesprochene Wort!

Werte Medienschaffende

Werte Kollegen vom Co-Präsidium

Werte Kampagnenleiterin Nina Zosso

Wie Sie wissen gibt es allein im Kanton Bern 70'000 Unternehmungen. Davon gehören 99% zur Kategorie kleine und mittlere Unternehmungen, zu den sogenannten KMU's. Diese sind grossmehrheitlich noch familiengeführt und müssen allein wegen ihrer Betriebsgrösse viele Nachteile in Kauf nehmen.

So ist der Einkauf in aller Regel wegen den kleinen Mengen teurer als für Grossunternehmungen. Dies beginnt beim Fahrzeugkauf, geht über die Informatikkosten und dem gesamten Wareneinkauf bis hin zu den Porto- und Energiekosten. In vielen Fällen haben KMU's zudem Standortnachteile, weil sie als zu wenig attraktiv gelten- oder preislich nicht mithalten können um an verkehrstechnisch günstiger Lage Land zu erwerben.

Die Nachteile werden mit einem überdurchschnittlichen Einsatz von den Eigentümerfamilien und vielfach auch von guten Mitarbeitenden kompensiert. Zudem sind Kleinunternehmen unglaublich beweglich und in vielen Fällen besteht das ganze Team aus Allroundern, welche bereit sind, die Kollegin oder den Kollegen zu ersetzen oder auch mal in der Firma aufzuräumen oder die Fahrzeuge zu unterhalten.

Neben den aufgeführten Nachteilen leiden kleine- und mittlere Unternehmungen - wie Grossunternehmungen auch- zunehmend unter dem Regulierungswahn. Die Regulierungskosten müssen jedoch auf wenige Köpfe verteilt werden, während Grossunternehmungen diese mit gleichem Aufwand auf wesentlich mehr Mitarbeitende- und vielfach sogar auf Schwester- und/oder Tochterfirmen verteilen können.

Neben den aufgeführten Nachteilen muss leider immer häufiger festgestellt werden, dass sich staatliche- oder halbstaatliche Unternehmungen, welche sich ganz- oder teilweise in einem Monopolbereich bewegen oder eine Mischrechnung (sprich Quersubventionierung) machen können, in Bereiche ausdehnen, welche bisher fest in der Hand von privaten Anbietern waren. Solche Tendenzen (die älteren unter Ihnen mögen sich erinnern) sind nicht neu. So hat beispielsweise seinerzeit die Armee zu Ausbildungszwecken privaten Transportunternehmungen im Kipperbereich mit Dumpingpreisen Aufträge abgejagt. Dank dem Aufschrei der Transportbranche und der Politik konnte diesem Treiben rasch ein Ende gesetzt werden. Heute sind in diesem Bereich höchstens noch landwirtschaftliche Fahrzeuge ein Ärgernis, welche mineralölsteuerreduziert Baumaschinen zügeln oder Holzschnitzel transportieren.

Leider tummeln sich zunehmend staatlich kontrollierte Unternehmungen im freien Wettbewerb. Diese können dank bestehender Infrastruktur oder dank vorhandenem Kundenstamm aus dem Monopolbereich zu marktverzerrenden Preisen agieren. Im Anschluss wird Ihnen eine kleine Auswahl solcher Fälle vorgestellt.

Auf Anregung vieler Mitgliederverbände hat der Gewerbeverband Berner KMU entschieden, unter dem Titel "fair ist anders" eine breite Informationskampagne zu starten. Es soll keine Jammerkampagne werden! Vielmehr sollen dadurch die Politik und die Konsumenten für das Thema sensibilisiert werden und gegebenenfalls das Gespräch mit den aufgeführten Unternehmungen gesucht werden.

Dass unser Anliegen nicht einfach ein Spleen ist, beweist einerseits die positive Resonanz bei unseren Verbandsmitgliedern und andererseits die breite Unterstützung von Persönlichkeiten aus der Politik.

So können wir unsere Kampagne heute mit einem Co-Präsidium starten, welches aus folgenden, hier anwesenden Persönlichkeiten besteht:

Alex Leu, Unternehmer, Moosseedorf ; Lorenz Hess, Nationalrat, BDP ; Peter Schilliger, Nationalrat FDP ; Daniel Trüssel, Grossrat glp ; meine Wenigkeit, Toni Lenz, Präsident Gewerbeverband Berner KMU.

Weiter haben folgende Persönlichkeiten ihr Engagement im Co-Präsidium zugesagt:

Henrique Schneider, Vizedirektor sgV ; Grossrätin Anita Luginbühl, BDP ; Grossrat Peter Flück, FDP ; Grossrätin Annegret Hebeisen, SVP.

Die Kampagnenleitung übernimmt Nina Zosso, Leiterin Kommunikation, Gewerbeverband Berner KMU.

DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH

Berner KMU
PME Bernoises

Darum braucht es die Kampagne: Referat Alexander Leu, LA-Mitglied Berner KMU

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Problematik, dass staatsnahe Unternehmen das Gewerbe zunehmend konkurrenzieren ist nicht neu: So war das Problem zum Beispiel an einer Sitzung des Leitenden Ausschusses der Berner KMU im November 1994 bereits ein Thema: Schon damals gab die Konkurrenzierung des Gewerbes durch die BKW im Bereich der elektrischen Hausinstallationen und Heizungsinstallationen zu reden: Neu beteiligte sich die BKW zu diesem Zeitpunkt auch an Submissionsverfahren. Schon damals befürchteten unsere Mitglieder, dass Mischrechnungen entstehen, weil die Monopolbereiche und die diversifizierten Bereiche nicht klar getrennt sind und dass Quersubventionen in jene Bereiche fliessen, in welchem freier Markt herrscht.

Nun, sehr geehrte Medienschaffende, die Ängste unserer Mitglieder und der wachsende Unmut unserer Basis sind auch der Grund für unsere Informations- und Sensibilisierungskampagne, die wir heute starten. Ich habe selber einen Spenglereibetrieb und die ganze Gebäudetechnikbranche leidet unter der aktuellen Situation. Lassen Sie mich Ihnen ein Beispiel geben und bitte entschuldigen Sie, dass es schon wieder ein BKW-Beispiel ist- wir machen ja keine BKW-Bashingkampagne, aber sie bringt sich mit ihrer Einkaufstour halt fast schon automatisch immer wieder in die Kritik.

Im Kanton Bern haben wir mit Abstand die höchsten Strompreise. Die BKW liefert nach eigenen Angaben rund 1800 Millionen Kilowattstunden oder 26% von ihrem Stromabsatz an nicht marktzutrittsberechtigten Kleinverbraucher; diese bezahlen pro Kilowattstunde 9 Rappen ohne Netztarif. Diese 9 Rappen liegen um ganze 4 Rappen über dem mittleren schweizerischen Marktpreis von 5 Rappen. Multipliziert man diese 4 Rappen mit den 1800 Millionen Kilowattstunden, dann ergibt das eine jährliche Monopolrente von sage und schreibe 72 Millionen Franken. Übrigens: Die gleiche BKW bietet aber den Walliser Hoteliers die Kilowattstunde für 4,2 Rappen an. Das heisst nichts anderes, als dass wir Berner Gewerbler durch das Bezahlen der überhöhten Strompreise unsere Konkurrenz finanzieren. Meine Damen und Herren: Fair ist anders!

Es kann und darf nicht sein, dass die BKW Ingenieur- und Installationsbüros aufkauft und gleichzeitig mit der erworbenen Planungsbüros auch noch die Ausschreibungen macht. Das jüngste konkrete Beispiel für diese Doppelrolle der BKW ist das Wasserkraftwerk Färdabach im Lötschental. Hier reichte gemäss Zeitung „Der Bund“ vom 20. Mai 2017 die BKW nicht nur eine Offerte für den Bau des Kraftwerks ein, sondern prüfte als Planungsfirma im Auftrag der Bauherrschaft auch gleich sämtliche Konkurrenzofferten.

DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH

Berner **KMU**
PME Bernoises

Für gleichlange Spiesse: Referat Lorenz Hess, Nationalrat BDP BE

Es gilt das gesprochene Wort!

Lassen Sie mich nun, nachdem wir von Toni Lenz und Alex Leu bereits erste Beispiele, Argumente und Kampagnenziele gehört haben, das Ganze noch einmal bündeln und auf den Punkt bringen. Was wollen wir?

Wir wollen gleichlange Spiesse und einen fairen Wettbewerb! Wir haben es gehört, immer mehr Unternehmen, welche ganz oder teilweise im Besitz der öffentlichen Hand sind, werden mit neuen Dienstleistungen oder durch Firmenübernahmen zu direkten Konkurrenten von privatrechtlichen Unternehmen und Gewerbebetrieben. Öffentliche Unternehmen nutzen oft ihre Monopolstellung und ihre Kapitalkraft zum Nachteil der privaten Betriebe aus. Diese Eingriffe in das freiheitliche Wirtschaftssystem der Schweiz dürfen nicht unreflektiert passieren. In einer freien Wirtschaft ist nichts gegen fairen Wettbewerb einzuwenden, doch sollten die Spiesse gleich lang sein.

Wir wollen mit unserer Kampagne das Eindringen öffentlicher Betriebe in das private Gewerbe zum Thema machen und so eine breite Debatte auslösen. Die Konsumenten und Konsumentinnen sollen mit aktuellen Beispielen aus dem Kanton Bern und der ganzen Schweiz informiert und sensibilisiert werden, dazu werden Ihnen nachher gleich Moritz Müller und Peter Schilliger noch mehr erzählen. In einer breiten Debatte sollen alle beteiligten Seiten zu Wort kommen, das heisst unser Ziel ist es mit der BKW, der GVB und den anderen Playern an einen Tisch zu sitzen und möglich Lösungsansätze zu diskutieren.. Offensichtliche Missstände will die Kampagne auflisten und besprechen. Wo sich konkrete Massnahmen für fairen Wettbewerb empfehlen soll betroffenen Verbänden und privaten Unternehmen praktische Unterstützung angeboten werden.

Wir wollen eine breite Debatte und Dialog auszulösen. Die Kampagne will nicht einzelne staatliche Unternehmen an den Pranger stellen und auch keine "Jammer"-Kampagne sein. Die Problematik „Der Staat als Konkurrent“ ist zwar nicht neu, die Politik hat das Thema aber bisher nicht in der nötigen Konsequenz geklärt. Typisches Beispiel dafür ist auch die immer wieder aufkommende Service Public Diskussion: Was ist Service Public? Was soll der Staat machen, wenn Unternehmen, zwar dem Staat gehören, aber privatrechtlich organisiert sind? Wie grenzen sich die Unternehmen der öffentlichen Hand vom privaten Gewerbe ab und last but not least braucht es gesetzliche Vorgaben? Wunschziel der Kampagne ist es einerseits, dass sich staatliche und staatsnahe Unternehmen klare Begrenzungen ihres Tätigkeitsbereiches vorgeben, zum Beispiel in Form von Eignerstrategien und dass andererseits die Politik die Debatte um den Service Public endlich zu Ende führt.

Und last but not least wollen wir mit unserer Kampagne die KMU als Rückgrat der Berner Wirtschaft stärken. Der Kanton Bern – und die ganze Schweiz - besteht und lebt fast ausschliesslich von den KMU: Von den rund 70 000 Unternehmen im Kanton Bern fallen über 99 Prozent in die Kategorie der kleinen und mittleren Unternehmen. Diese können mit der Nähe zum Kunden, dem persönlichen Umgang und der Flexibilität einen wichtigen Mehrwert bieten. Den Trend dass immer mehr öffentliche Unternehmen – und dabei spielt es keine Rolle ob dies kantonale oder nationale Grossunternehmen sind - Gewerbebetriebe zu übersetzten Preisen kaufen, die Mühe mit der Nachfolgeregelung haben, gilt es unbedingt zu stoppen.

DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH



Das finden wir problematisch: Referat Moritz Müller, Grossrat SVP

Es gilt das gesprochene Wort!

Wie bereits erwähnt handelt es sich bei unserer Kampagne nicht um eine Anti-BKW-Kampagne. Neben der BKW gibt es auch noch zahlreiche andere Beispiele auf die das Prädikat «Fair ist anders» zutrifft. Lassen Sie mich stellvertretend drei Berner Beispiele herausheben. Die gesamte «Sammlung» finden Sie in der Medienmappe und auf unserer Kampagnenhomepage:

Beispiel BEDAG

Das ist Sache: Die IT – Firma gehört zu 100 Prozent dem Kanton Bern. Sie wurde gegründet, um die IT – Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung abzudecken. Mittlerweile hat die BEDAG ihren Wirkungskreis weit über den Kanton Bern und die Verwaltung erweitert. Sie verkauft Dienstleistungen und Produkte in der ganzen Schweiz. Im Jahre 2016 wurden fast 100 Mio. CHF Umsatz generiert und ein Gewinn von 10 Mio CHF ausgewiesen.

Das finden wir problematisch: die BEDAG hat im Kanton Bern praktisch eine Monopolstellung für grössere IT-Dienstleistungen. Sie diktiert somit Markt und Preise und kann dank ihrer guten Ertragslage neue Firmen zu hohen Preisen zukaufen. Private Anbieter haben so kaum Chancen, der öffentlichen Hand IT – Lösungen anzubieten.

Die selbe Problematik bildet die Praxis einzelner Bundesämter, selbst entwickelte Apps auf dem privaten Markt anzubieten.

Beispiel Gebäudeversicherung des Kantons Bern GVB

Das ist Sache: Die Gebäudeversicherung des Kantons Bern ist ein Monopolbetrieb, der zu 100 Prozent dem Kanton Bern gehört. Jedes Haus im Kanton Bern ist obligatorisch bei der GVB versichert. Auf Antrag der GVB hat der Grosse Rat den Eintritt ins privatrechtliche Versicherungsgeschäft per 2011 gutgeheissen. Dazu wurde eine separate Aktiengesellschaft gegründet. Sie bietet neu Gebäudehaftpflicht- und Gebäudewasserversicherungen an, welche zuvor nur von privaten Versicherungen angeboten wurden.

Das finden wir problematisch: Nach Auflage der Wettbewerbskommission ist sowohl das Ausnützen des Monopols wie auch die Quersubventionierung der verschiedenen Branchen nicht gestattet. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Regeln nicht eingehalten werden. Hausbesitzern, welche zwangsweise Kunden der Gebäudeversicherung sind, werden durch die staatlichen Berater regelmässig Angebote der privatrechtlichen GVB-Tochter unterbreitet.

Beispiel Weingut Stadt Bern

Das ist Sache: Die Stadt Bern betreibt zwischen La Neuveville und Schafis, sowie auf der St. Petersinsel am Bielersee, Weingüter und verkauft die Produkte über verschiedene Kanäle.

Das finden wir problematisch: das mit Steuergeldern subventionierte Weingut der Stadt Bern konkurrenziert das Angebot der privaten Weinbauern, die weder über die grossen Flächen, noch über modernste mechanisierte Betriebe verfügen.

SBB Via und Stadt Bern seine Schulhefte.

Medienkonferenz 30.05.2017; Sperrfrist 10:00 Uhr

Kantonale Politik ist gefordert: Referat Daniel Trüssel, Grossrat glp

Es gilt das gesprochene Wort!



Neben einer breiten Diskussion und der Sensibilisierung der Konsumentinnen und Konsumenten ist nun aber auch ganz klar die kantonale Politik gefordert. In der Sommersession wird die Aufhebung des Gebäuderversicherungsmonopols ein Thema sein. Ich selber habe eine Motion zum Thema BKW eingereicht, dazu gleich noch mehr.

Lassen Sie mich betreffend der BKW-Thematik noch einmal zusammenfassen: Die BKW AG ist eine börsenkotierte Aktiengesellschaft. Sie ist in den Geschäftsfeldern Energie, Dienstleistungen und Elektrizitätsnetz tätig. Die Tätigkeit im Monopolbereich (Verteilnetz) ist staatlich geregelt. Das Kartellrecht des Bundes verbietet eine Quersubventionierung oder das Ausnützen von Vorteilen aus dem Monopolbereich.

Es ist nun eine politische Diskussion ob der Kanton sich als Heizungsinstallateur oder Planer betätigen soll. Wir Anwesenden hier sind klar der Meinung, dass Aufgaben die die Privatwirtschaft erfüllen kann durch unsere KMU geleistet werden sollen und der Staat sich nicht als Mitbewerber am Markt bewegen soll.

Zweifelsohne ist eine klare Abgrenzung nicht möglich. So profitieren die Tochterfirmen auch von den Marketingaktivitäten der BKW Holding zum Beispiel im Skisport (Weltcup und Swissski). Eine klare Abgrenzung ist da sicherlich nicht möglich. So wirbt beispielsweise Dani Albrecht für die Home Energy Lösung der BKW.

Richtig problematisch wird es aus meiner Sicht in den Bereichen wo Dienstleistungen und Netze sehr eng zusammenspielen. Kein anderer privater Player hat die Möglichkeit Netzdienstleistungen derart durchgängig zu bewerben. Entwicklungen rund um Dienstleistungen wie zum Beispiel die Meter2cash können direkt auf der eigenen Netz Infrastruktur Entwickelt und getestet werden. Kein anderer Marktteilnehmer hat diese Möglichkeiten.

Ein weiterer Verkauf von Anteilen an der BKW wird an dieser Situation nichts verändern. Für mich ist die Netzinfrastruktur nicht privatisierbar. Strassen, Schienen und Netze soll im Besitz der Öffentlichkeit verbleiben, da eh kein Markt in diesem Bereich spielen kann.

Die Einzige Lösung ist eine Aufspaltung der BKW wie dies meine Motion fordert:

1. Die Netze und bedeutende Kraftwerke sind in eine separate Gesellschaft auszugliedern
2. Für den Betrieb der Kraftwerke und der Netze ist ein Leistungsauftrag vorzubereiten
3. Die BKW Teile Energiehandel und Dienstleistungen sind in den freien Markt zu überführen

Bis anhin war diese Forderung nicht mehrheitsfähig. Ich bin gespannt wie sich angesichts der heutigen Situation und unserer Kampagne die bürgerlichen Parteien dazu stellen werden. Aus unserer Sicht darf das BKW Beteiligungsgesetz in der heutigen Form nicht genehmigt werden. Im schlimmsten Fall müsste das Volk dazu befragt werden; denn eines ist klar sehr geehrte Medienschaffende: «Fair ist anders!»

DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH



Nationale Politik ist gefordert: Referat Peter Schilliger, Nationalrat FDP LU

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Medienschaffende

Wir haben es gehört, im Kanton Bern besteht Handlungsbedarf! Handlungsbedarf besteht aber auch in anderen Kantonen und in der ganzen Schweiz. Zwei nationale «Fair ist anders» Beispiele gefällig?

Beispiel 1: Die Post

Das ist Sache: Die Post gestaltet ihre Schalterräume mehr und mehr zu kleinen Warenhäusern. Die Kunden sollen in ihrer Wartezeit, mit dem Kauf von Gütern aller Art, zusätzlichen Umsatz und Gewinn generieren.

Das finden wir problematisch: Dadurch, dass die Schweizerische Post in ihren Schalterhallen Handel mit verschiedensten Waren (vom Kaugummi bis zu Duschkäufen) betreibt, gehen dem Detailhandel jährlich rund 500 Millionen Franken verloren. Diese zusätzliche Verkaufs-Tätigkeit übersteigt nach unserer Ansicht den Service – Public Auftrag der Post. Ob es Aufgabe der Post ist, eigene Transportunternehmungen, Occasionshandel, Treibstoffhandel- sowie Informatikangebote für das Gesundheitswesen anzubieten, kann zumindest hinterfragt werden. Auch die Postauto AG erweitert durch Zukäufe von Privatfirmen zunehmend ihr Tätigkeitsfeld und vermischt Privataufträge mit ihrem öffentlichen Auftrag. Die Tatsache, dass die Tochterfirma PostAuto Frankreich in unserem Nachbarland mit rund 780 Fahrzeugen und mehr als 1200 Mitarbeitenden jedes Jahr fast 27 Millionen Kilometer zurücklegt, betrifft unsere Mitgliederfirmen zwar nicht, erstaunt aber trotzdem.

Beispiel 2: Die SBB

Das ist Sache: Die SBB entwickeln eine immer aktivere Geschäftstätigkeit ausserhalb ihres Transportauftrages: Beispielsweise Immobilienhandel- und Bewirtschaftung, Bekleidungsproduktion und -Vertrieb.

Das finden wir problematisch: Die SBB weiten den Service Public als Immobilienhändler unzulässig aus. Störend ist ebenfalls, dass die SBB das Reisemagazin „VIA“ nicht mehr in der Schweiz, sondern in Deutschland drucken. Die SBB produzieren ihre Arbeitskleider selbst im Fernen Osten und verkaufen diese dann zu Herstellungskosten an die Privatbahnen weiter. Damit konkurrenzieren sie die privaten Uniformen-Anbieter der Schweiz.

Dies wie gesagt zwei nationale Beispiele, auch hier finden Sie die übrigen Beispiele in unserer Medienmappe und auf der Kampagnenseite.

Mir als Unternehmer und Chef eines KMU-Betriebes liegt eine Lösung für diese Problematik sehr am Herzen. Ich habe deshalb bereits im September 2015 ein Postulat eingereicht: Dieses fordert, dass die Wettbewerbssituation zwischen staatsnahen oder sich mehrheitlich in staatlichem Besitz befindenden Unternehmen und privatwirtschaftlichen Akteuren analysiert wird. Das Postulat wurde vom Nationalrat überwiesen. Vom Start der Kampagne heute erhoffe ich mir, dass die Politik sich endlich ernsthaft mit der Problematik befasst und dass wir zusammen mit den Unternehmen Lösungen – zum Beispiel in Form von Eignerstrategien – finden.

DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH

Berner **KMU**
PME Bernoises

Kurzargumentarium / Ziele der Kampagne:

Gleichlange Spiesse und fairer Wettbewerb:

Immer mehr Unternehmen, welche ganz oder teilweise im Besitz der öffentlichen Hand sind, werden mit neuen Dienstleistungen oder durch Firmenübernahmen zu direkten Konkurrenten von privatrechtlichen Unternehmen und Gewerbebetrieben. Öffentliche Unternehmen nutzen oft ihre Monopolstellung und ihre Kapitalkraft zum Nachteil der privaten Betriebe aus. Diese Eingriffe in das freiheitliche Wirtschaftssystem der Schweiz dürfen nicht unreflektiert passieren. In einer freien Wirtschaft ist nichts gegen fairen Wettbewerb einzuwenden, doch sollten die Spiesse gleich lang sein.

Information und Sensibilisierung:

Die betroffenen Verbände und Unternehmen wollen mit der Kampagne das Eindringen öffentlicher Betriebe in das private Gewerbe zum Thema machen und so eine breite Debatte auslösen. Die KonsumentInnen sollen mit aktuellen Beispielen aus dem Kanton Bern und der ganzen Schweiz informiert und sensibilisiert werden. In einer breiten Debatte sollen alle beteiligten Seiten zu Wort kommen. Offensichtliche Missstände will die Kampagne auflisten und besprechen. Wo sich konkrete Massnahmen für fairen Wettbewerb empfehlen soll betroffenen Verbänden und privaten Unternehmen praktische Unterstützung angeboten werden.

Breite Debatte und Dialog auslösen:

Diese breite Debatte soll mit einer umfassenden Informationskampagne erreicht werden. Die Kampagne der Berner KMU will nicht einzelne staatliche Unternehmen an den Pranger stellen und auch keine "Jammer"-Kampagne sein. Die Problematik „Der Staat als Konkurrent“ ist zwar nicht neu, die Politik hat das Thema aber bisher nicht in der nötigen Konsequenz geklärt. Typisches Beispiel dafür ist auch die immer wieder aufkommende Service Public Diskussion: Was ist Service Public? Was soll der Staat machen, wenn Unternehmen, zwar dem Staat gehören, aber privatrechtlich organisiert sind? Wie grenzen sich die Unternehmen der öffentlichen Hand vom privaten Gewerbe ab und last but not least braucht es gesetzliche Vorgaben? Wunschziel der Kampagne ist es einerseits, dass sich staatliche und staatsnahe Unternehmen klare Begrenzungen ihres Tätigkeitsbereiches vorgeben, zum Beispiel in Form von Eignerstrategien und dass andererseits die Politik die Debatte um den Service Public endlich zu Ende führt.

KMU als Rückgrat der Berner Wirtschaft stärken

Der Kanton Bern – und die ganze Schweiz - besteht und lebt fast ausschliesslich von den KMU: Von den rund 70 000 Unternehmen im Kanton Bern fallen über 99 Prozent in die Kategorie der kleinen und mittleren Unternehmen. Diese können mit der Nähe zum Kunden, dem persönlichen Umgang und der Flexibilität einen wichtigen Mehrwert bieten. Den Trend dass immer mehr öffentliche Unternehmen – und dabei spielt es keine Rolle ob dies kantonale oder nationale Grossunternehmen sind - Gewerbebetriebe zu überzetzten Preisen kaufen, die Mühe mit der Nachfolgeregelung haben, gilt es unbedingt zu stoppen.

www.fair-ist-anders.ch

DER STAAT ALS KONKURRENT: FAIR IST ANDERS!

WWW.FAIR-IST-ANDERS.CH



Beispielsammlung «Der Staat als Konkurrent: Fair ist anders!» (Stand: 30.05.2017)

„Konkurrenz belebt das Geschäft“, diese ökonomische Weisheit soll nicht angezweifelt werden.

Wird der Staat zum Konkurrenten, bleiben die Regeln der Fairness jedoch oft aussen vor. Dies ganz einfach deshalb, weil überall, wo Staat drauf steht, auch Steuern drin sind. Und diese verzerren den Wettbewerb aus diversen Gründen.

Untenstehend finden sich Beispiele aus verschiedenen Branchen und Regionen.

BEDAG

Das ist Sache: Die IT – Firma gehört zu 100 Prozent dem Kanton Bern. Sie wurde gegründet, um die IT – Bedürfnisse der kantonalen Verwaltung abzudecken. Mittlerweile hat die BEDAG ihren Wirkungskreis weit über den Kanton Bern und die Verwaltung erweitert. Sie verkauft Dienstleistungen und Produkte in der ganzen Schweiz. Im Jahre 2016 wurden fast 100 Mio. CHF Umsatz generiert und ein Gewinn von 10 Mio CHF ausgewiesen.

Das finden wir problematisch: die BEDAG hat im Kanton Bern praktisch eine Monopolstellung für grössere IT-Dienstleistungen. Sie diktiert somit Markt und Preise und kann dank ihrer guten Ertragslage neue Firmen zu hohen Preisen zukaufen. Private Anbieter haben so kaum Chancen, der öffentlichen Hand IT – Lösungen anzubieten.

Die selbe Problematik bildet die Praxis einzelner Bundesämter, selbst entwickelte Apps auf dem privaten Markt anzubieten.

BKW

Das ist Sache: Die BKW gehört zu 52 Prozent dem Kanton Bern. Sie verfügt über eine breite Struktur, die sowohl als Monopol die Stromversorgung des Kantons Bern, als auch durch Beteiligungen an Kraftwerken die Produktion und den Handel von Strom umfasst.

Der Privatkunde und kleinere gewerbliche Kunden sind gezwungen, den Strom bei der BKW zu kaufen.

Die BKW entwickelt sich, als Alternative zum nicht mehr rentierenden Stromgeschäft, seit einigen Jahren zum breit aufgestellten Dienstleister in Haus- und Energietechnik.

Das finden wir problematisch: private gewerbliche Betriebe bezahlen ihrem Monopollieferanten BKW Strompreise, die nicht dem Wettbewerb ausgesetzt und damit in der Regel höher sind. Somit finanzieren sie indirekt ihren neuen Konkurrenten BKW, der dutzendweise Firmen aus der

gewerblichen Mitte aufkauft. Diese Unternehmen kauft die BKW oft zu Preisen, mit denen private Interessenten nicht mithalten können.

Unter den zugekauften Firmen finden sich sowohl Planungs- (Ingenieure, Planer, Experten) als auch ausführende Unternehmen. Somit hat der neu konzipierte Konzern BKW alles Interesse, Planungs- und Ausführungsaufträge „im Haus zu behalten“ und nicht auszuschreiben. Der Zutritt der privaten Konkurrenz wird damit erschwert bis verunmöglicht. Die Standesregeln der unabhängigen Planung werden durch die „alles unter einem Dach“ – Politik verletzt.

Konkretes Beispiel für diese Doppelrolle der BKW ist das Wasserkraftwerk Färdabach im Lötschental. Hier reichte gemäss Zeitung „Der Bund“ vom 20. Mai 2017 die BKW nicht nur eine Offerte für den Bau des Kraftwerks ein, sondern prüfte als Planungsfirma im Auftrag der Bauherrschaft auch gleich sämtliche Konkurrenzofferten.

Eine ähnliche Problematik stellt die Tätigkeit des Westschweizer Stromanbieters (FR/NE) Groupe E dar. Diese staatliche Unternehmung, sie gehört zu 78 Prozent dem Kanton Freiburg, bietet ihren Strom-Kunden eine breite Palette von Produkten (z.B. Elektrogeräte aller Art) und Dienstleistungen (Beratungen, Montagearbeiten) an und konkurrenziert so das private Gewerbe.

ewb - Energie Wasser Bern

Das ist Sache: auch das Energieunternehmen der Stadt Bern ewb wollte vom reinen Stromlieferanten zum umfassenden Dienstleister in Energie- und Haustechnik werden. Nun ist man jedoch nach grossen Abschreibungen auf dem Weg zurück. Neben einer wesentlich abgespeckten Installationsfirma hat ewb nur noch eine Firma für Dach und Fassaden.

Das finden wir problematisch: ewb ist als 100 prozentige Tochter der Stadt Bern ein Monopolbetrieb, dessen Strompreise nicht dem Wettbewerb ausgesetzt sind.

Die Firmen für Installation und Haustechnik unter dem ewb-Dach stellen für das private Gewerbe eine von der öffentlichen Hand subventionierte Konkurrenz dar.

Gebäudeversicherung des Kantons Bern GVB

Das ist Sache: Die Gebäudeversicherung des Kantons Bern ist ein Monopolbetrieb, der zu 100 Prozent dem Kanton Bern gehört. Jedes Haus im Kanton Bern ist obligatorisch bei der GVB versichert.

Auf Antrag der GVB hat der Grosse Rat den Eintritt ins privatrechtliche Versicherungsgeschäft per 2011 gutgeheissen. Dazu wurde eine separate Aktiengesellschaft gegründet. Sie bietet neu Gebäudehaftpflicht- und Gebäudewasserversicherungen an, welche zuvor nur von privaten Versicherungen angeboten wurden.

Das finden wir problematisch: Nach Auflage der Wettbewerbskommission ist sowohl das Ausnützen des Monopols wie auch die Quersubventionierung der verschiedenen Branchen nicht gestattet. In der Praxis zeigt sich jedoch, dass diese Regeln nicht eingehalten werden. Hausbesitzern, welche zwangsweise Kunden der Gebäudeversicherung sind, werden durch die staatlichen Berater regelmässig Angebote der privatrechtlichen GVB-Tochter unterbreitet. Die Werbung und das Inkasso für den obligatorischen und den privaten Teil erfolgen im selben Versand.

Berner Stadtgärtnerei

Das ist Sache: Über die Friedhofsgärtnerei bietet die Stadt Bern Blumen und Gestecke sowie Gartenbauarbeiten für Siedlungen und private Anlagen an. Die Stadtgärtnerei Bern ist mittlerweile das grösste Gartenbauunternehmen der westlichen Schweiz.

Das finden wir problematisch: Die Berner Stadtgärtnerei gehört zur Stadt Bern, welche den Betrieb, und damit auch allfällige Defizite, mit Steuergeldern deckt. Anders als ein privates Gartenbauunternehmen, muss die Stadtgärtnerei ihren Betrieb somit nicht zu 100 Prozent aus dem Erlös für Produkte und Dienstleistungen decken. Dies ist ein Wettbewerbsvorteil, der durch Steuergelder finanziert wird.

Weingut Stadt Bern

Das ist Sache: Die Stadt Bern betreibt zwischen La Neuveville und Schafis, sowie auf der St. Petersinsel am Bielersee, Weingüter und verkauft die Produkte über verschiedene Kanäle.

Das finden wir problematisch: das mit Steuergeldern subventionierte Weingut der Stadt Bern konkurrenziert das Angebot der privaten Weinbauern, die weder über die grossen Flächen, noch über modernste mechanisierte Betriebe verfügen.

BernMobil

Das ist Sache: BernMobil tritt immer mehr als Anbieter von öffentlichem Verkehr ausserhalb der Stadt Bern auf und verdrängt damit private Anbieter, welche diese Leistungen bisher erbracht haben.

Das finden wir problematisch: Der städtische Betrieb BernMobil fährt immer weiter in die Region hinaus und transportiert dabei nicht nur Fahrgäste, sondern auch ihre städtischen Anstellungsbedingungen und Fahrzeugausrüstungen, die sich die lokalen privaten Anbieter der Region nicht leisten können. Es geht beispielsweise um früheres Pensionsalter, Sonderentschädigungen, höhere Grundlöhne und Fahrzeuge mit Sonderausrüstung vorgegebener Marken, welche eine öffentliche Ausschreibung beeinträchtigen.

Fachhochschulen

Das ist Sache: verschiedene Fachhochschulen bieten Planungs- und Architekturleistungen an, welche nicht als Studienobjekt deklariert sind, sondern als professionelle Dienstleistung

Das finden wir problematisch: Die von Studenten ausgeführten Arbeiten erreichen wegen des fehlenden Wissens und der fehlenden Erfahrung nicht das Niveau eines privaten Beratungs- oder Ingenieurbüros.

Die reduzierten, aber nahe bei den Marktpreisen liegenden Ansätze konkurrenzieren die privaten Planungsbüros.

Die Resultate der „Studien“ werden zudem den Medien angeboten und erwirtschaften so vermeintlich zusätzliche Wertschöpfung. Die Resultate sind allerdings oft wenig realistisch und lösen entsprechenden Unwillen aus.

Die Fachhochschulen verfügen über eine staatlich subventionierte Infrastruktur, die Studenten arbeiten ohne Gehalt.

Studien, ausgeführt durch Studierende, sowie professionelle Dienstleistungen, welche durch erfahrene und voll ausgebildete Fachkräfte erbracht werden, sollten besser unterschieden werden.

Zentraler Büroeinkauf Kantonale Verwaltung

Das ist Sache: Die Kantonalen Ämter führen einen zentralen Büromaterialeinkauf, was verständlich und sinnvoll ist.

Das finden wir problematisch: nun öffnet der Kanton diesen zentralen Einkauf auch jedem KMU Unternehmen, zu Konditionen, wie sie in der Privatwirtschaft nicht möglich sind. Mit dieser Öffnung für private Bezüger greift der Staat zum Nachteil der gewerblichen Anbieter von Büromaterial in den Markt ein.

Die Post

Das ist Sache: Die Post gestaltet ihre Schalterräume mehr und mehr zu kleinen Warenhäusern. Die Kunden sollen in ihrer Wartezeit, mit dem Kauf von Gütern aller Art, zusätzlichen Umsatz und Gewinn generieren.

Das finden wir problematisch: Dadurch, dass die Schweizerische Post in ihren Schalterhallen Handel mit verschiedensten Waren (vom Kaugummi bis zu Duschschläuchen) betreibt, gehen dem Detailhandel jährlich rund 500 Millionen Franken verloren.

Diese zusätzliche Verkaufs-Tätigkeit übersteigt nach unserer Ansicht den Service – Public Auftrag der Post

Ob es Aufgabe der Post ist, eigene Transportunternehmungen, Occasionshandel, Treibstoffhandel- sowie Informatikangebote für das Gesundheitswesen anzubieten, kann zumindest hinterfragt werden.

Auch die Postauto AG erweitert durch Zukäufe von Privatfirmen zunehmend ihr Tätigkeitsfeld und vermischt Privataufträge mit ihrem öffentlichen Auftrag.

Die Tatsache, dass die Tochterfirma PostAuto Frankreich in unserem Nachbarland mit rund 780 Fahrzeugen und mehr als 1200 Mitarbeitenden jedes Jahr fast 27 Millionen Kilometer zurücklegt, betrifft unsere Mitgliederfirmen zwar nicht, erstaunt aber trotzdem.

Swisscom

Das ist Sache: Die Swisscom erbringt in einer breiten Palette auch IT Dienstleistungen für den privaten Markt. Dies geschieht teilweise durch Übernahme von entsprechenden Firmen.

Das finden wir problematisch: Die Swisscom gehört nach wie vor zu 51 Prozent dem Bund. Deshalb sollte sich das Telekom-Unternehmen auf seine Kernkompetenzen im Sinne des Service Public beschränken, und nicht die private Wirtschaft konkurrenzieren.

Admeira:

Das ist Sache: Swisscom (Anteil Bund 51 Prozent) und SRG (100 Prozent öffentlich-rechtlich) haben mit Ringier zusammen eine gemeinsame Werbeplattform mit dem Namen Admeira geschaffen.

Das finden wir problematisch: Unternehmen des Staates schliessen sich mit einem privaten Unternehmen zu einer Werbefirma zusammen und entziehen so andern Werbeunternehmen wichtige Aufträge der SRG-Monopolmedien.

SBB

Das ist Sache: Die SBB entwickeln eine immer aktivere Geschäftstätigkeit ausserhalb ihres Transportauftrages: Beispielsweise Immobilienhandel- und Bewirtschaftung. Bekleidungsproduktion und -Vertrieb.

Das finden wir problematisch: Die SBB weiten den Service Public als Immobilienhändler unzulässig aus. Störend ist ebenfalls, dass die SBB das Reisemagazin „VIA“ nicht mehr in der Schweiz, sondern in Deutschland drucken.

Die SBB produzieren ihre Arbeitskleider selbst im Fernen Osten und verkaufen diese dann zu Herstellungskosten an die Privatbahnen weiter. Damit konkurrenzieren sie die privaten Uniformen-Anbieter der Schweiz.